Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2596

22. 02. 79

Sachgebiet 760

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 19. November 1976 und vom 5. Juli 1978 über die Ersetzung des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds sowie zur Regelung der Umrechnung des Goldfrankens in haftungsrechtlichen Bestimmungen (Goldfrankenumrechnungsgesetz)

A. Zielsetzung

Der Gesetzentwurf soll die Schwierigkeiten ausräumen, die sich für die Umrechnung der in internationalen Übereinkommen und in § 487 a Abs. 3 des Handelsgesetzbuches in Goldfranken festgesetzten Haftungsbeträge in Deutsche Mark daraus ergeben, daß mit dem Inkrafttreten der Neufassung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds sowohl die mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarte Parität der Deutschen Mark zum Gold als auch die bisherige Definition des Sonderziehungsrechts in Gold entfallen sind.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf sieht die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu internationalen Protokollen vor, die den Goldfranken in verschiedenen internationalen Übereinkommen durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds ersetzen. Zugleich wird bis zum völkerrechtlichen Inkrafttreten der Protokolle eine innerstaatliche Übergangsregelung über die Umrechnung des Goldfrankens in Deutsche Mark getroffen.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

C. Alternativen

Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung unter Zugrundelegung des Marktpreises für Gold mit der Folge, daß die in den Übereinkommen festgesetzten Haftungsbeträge sich auf das Vier- bis Fünffache der bisher auf der Basis der Golddefinition des Sonderziehungsrechts umgerechneten Beträge erhöhen würden und zudem den unter Umständen starken Schwankungen des Marktpreises für Gold unterworfen wären. Eine solche Lösung wäre nicht in Einklang mit der Regelung, die die Vertragsstaaten in den Änderungsprotokollen zu den internationalen Übereinkommen beschlossen haben.

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 430 00 — Go 1/79

Bonn, den 22. Februar 1979

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 19. November 1976 und vom 5. Juli 1978 über die Ersetzung des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds sowie zur Regelung der Umrechnung des Goldfrankens in haftungsrechtlichen Bestimmungen (Goldfrankenumrechnungsgesetz) mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Protokolle zu den Internationalen Übereinkommen in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zu den Protokollen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 469. Sitzung am 16. Februar 1979 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Anlage

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 19. November 1976 und vom 5. Juli 1978 über die Ersetzung des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds sowie zur Regelung der Umrechnung des Goldfrankens in haftungsrechtlichen Bestimmungen (Goldfrankenumrechnungsgesetz)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Protokollen wird zugestimmt:

1. Dem in London am 16. Dezember 1977 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 305);
2. dem in London am 16. Dezember 1977 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320);
3. dem in Genf am 1. November 1978 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Internationalen Übereinkommen von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (BGBl. 1961 II S. 1119).

Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Umrechnung der in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden genannten Werteinheit von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 1 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 19. November 1976 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

(2) Die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden genannten Frankens in Deutsche Mark richtet sich bis zu dem Zeitpunkt nach Absatz 1, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 2 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 19. November 1976 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

Artikel 3

Die Umrechnung des in Artikel 23 Abs. 3 Satz 2 des Übereinkommens von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr genannten Goldfrankens im Gewicht von $^{10}/_{31}$ Gramm und 0,900 Feingehalt in Deutsche Mark wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 3 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 5. Juli 1978 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei drei Goldfranken einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

Artikel 4

Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1972 zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen und zu den auf der IX. Diplomatischen Seerechtskonferenz in Brüssel am 10. Mai 1952 geschlossenen Übereinkommen (BGBl. 1972 II S. 653) wird folgender Artikel 1 a eingefügt:

„Artikel 1 a

Die Umrechnung der in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Übereinkommens vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen genannten Werteinheit von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet."

Artikel 5

Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1975 zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen (BGBl. 1975 II S. 957) wird folgender Artikel 1 a eingefügt:

„Artikel 1 a

Die Umrechnung der in Artikel III Abs. 4 Satz 1 des Übereinkommens vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen genannten Rechnungseinheit im Werte von 65 1/2 Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet."

Artikel 6

§ 487 a Abs. 3 des Handelsgesetzbuches erhält folgende Fassung:

„(3) Für jede Raumtonne sind 206 2/3 Rechnungseinheiten anzusetzen. Sind aus dem Ereignis nur Ansprüche wegen Sachschäden entstanden oder können außerdem entstandene Ansprüche wegen Personenschäden nicht mehr geltend gemacht werden, so sind für jede Raumtonne nur 66 2/3 Rechnungseinheiten anzusetzen. Die in den Sätzen 1 und 2 genannte Rechnungseinheit ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Bei der Berechnung der Haftungssumme ist von dem Wert der Deutschen Mark gegenüber dem Sonderziehungsrecht im Zeitpunkt der Eröffnung des Verteilungsverfahrens auszugehen. Der Wert der Deutschen Mark gegenüber dem Sonderziehungsrecht wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds an diesem Tage für seine Operationen und Transaktionen anwendet."

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

— das Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel V,

— das Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel 6,

— das Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr nach seinem Artikel 4

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

A. Allgemeines

1. In einer Reihe internationaler Übereinkommen auf dem Gebiet des Haftungsrechts sind die Haftungshöchstbeträge, die die Ersatzpflicht des Haftpflichtigen begrenzen, in Goldfranken festgesetzt. Sinn dieser Regelung ist es, bei der Begrenzung der Haftung auf Höchstbeträge einen für alle Vertragsstaaten einheitlichen, international anerkannten Wertmaßstab zu verwenden. Dieser Wertmaßstab ist in den haftungsrechtlichen Übereinkommen als „Goldfranken" von einem bestimmten Goldgewicht und Goldfeingehalt definiert. Einige Übereinkommen verwenden den sog. Germinal-Franken — eine Werteinheit von $^{10}/_{31}$ Gramm Gold von 900/1000 Feingehalt —, andere Übereinkommen den sog. Poincaré-Franken — eine Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt —.

   Der in den Übereinkommen definierte Goldfranken ist keine Währungseinheit im Sinne eines Zahlungsmittels, sondern eine in einer bestimmten Goldmenge von einem bestimmten Feingehalt ausgedrückte Werteinheit. Die Art und Weise der Umrechnung dieser Werteinheit in die einzelnen Landeswährungen ist in den Übereinkommen nicht geregelt. Voraussetzung dafür, daß man auf eine Festlegung der Art und Weise der Umrechnung verzichten konnte, ohne die Einheitlichkeit der Anwendung der Übereinkommen zu gefährden, war das Bestehen eines festen Wertverhältnisses zwischen dem Gold und den Landeswährungen der Vertragsstaaten, eine Voraussetzung, die bei der Schaffung der internationalen Übereinkommen gegeben war. Damit war eine eindeutige Relation zwischen dem Goldfranken und den einzelnen Landeswährungen einerseits und den Landeswährungen untereinander andererseits hergestellt. Diese Sachlage hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Eine Bindung der Landeswährungen an das Gold besteht in den meisten Staaten nicht mehr. Auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und in den internationalen Vertragswerken ist die Rolle des Goldes immer mehr zurückgetreten.

   Für die Deutsche Mark ist die Parität zum Gold zuletzt im Jahre 1969 festgesetzt worden. Seitdem ist diese Parität nicht mehr geändert worden, obwohl sie mit der zeitweiligen Anwendung von Leitkursen an Stelle der Parität und dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen de facto außer Kraft gesetzt wurde. Sie wurde — wie auch die aller übrigen Währungen der Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds — mit dem Inkrafttreten des geänderten Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds am 1. April 1978 aufgehoben. Zugleich wurde auch die bis dahin geltende Definition des Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Gold außer Kraft gesetzt. Diese Definition ermöglichte die Bestimmung des rechnerischen Wertverhältnisses der Deutschen Mark zum Gold sowie zu den in den haftungsrechtlichen Übereinkommen festgelegten Goldfranken wie folgt (Wert am 31. März 1978):

1 SZR	=	0,888671 g Feingold 1000/1000
1 DM	=	0,399714 SZR = 0,355214 g Feingold 1000/1000
1 Goldfranken (Germinal-Franken)	=	10/31 g Feingold 900/1000 = 0,817317 DM
1 Goldfranken (Poincaré-Franken)	=	0,0655 g Feingold 900/1000 = 0,165962 DM

2. Mit der Außerkraftsetzung der Definition des Sonderziehungsrechts in Gold ist die Möglichkeit entfallen, das Wertverhältnis der Landeswährungen zum Gold über den Goldwert des Sonderziehungsrechts zu bestimmen. Eine allgemein als verbindlich anerkannte Methode der Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung gibt es seit diesem Zeitpunkt nicht mehr.

   Durch den Wegfall der festen Relation der Landeswährungen zum Gold und untereinander ist in den internationalen privatrechtlichen Haftungsübereinkommen eine Lücke entstanden. Die Vertragsstaaten dieser Übereinkommen haben daher Änderungsprotokolle beschlossen, in denen die Rechnungseinheit des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds ersetzt wird. Denjenigen Vertragsstaaten, die nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds sind und deren Recht die Anwendung der genannten Regelung nicht zuläßt, ist in den Protokollen die Möglichkeit eingeräumt worden, die Haftungshöchstbeträge in „Werteinheiten" auszudrücken, wobei eine „Werteinheit" — je nachdem, ob in dem Übereinkommen der Germinal-Franken oder der Poincaré-Franken verwendet wird — entweder $^{10}/_{31}$ Gramm Gold von 900/1000 Feingehalt oder $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt entspricht. Die Umrechnung der in „Werteinheiten" ausgedrückten Beträge in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates; sie soll zu den gleichen Realwerten gelangen wie die Umrechnung der in Sonderziehungsrechten ausgedrückten Haftungssummen.

   Die Änderungsprotokolle zu den haftungsrechtlichen Übereinkommen bedürfen, da sie den Inhalt der Übereinkommen sachlich ändern, der Ratifikation. Artikel 1 des Gesetzentwurfs sieht daher die Zustimmung zu den Protokollen in der Form eines Bundesgesetzes vor. Die Protokolle treten allerdings erst in Kraft, wenn sie von einer

bestimmten Mindestanzahl von Vertragsstaaten ratifiziert oder — soweit dies nach dem innerstaatlichen Recht eines Vertragsstaates zulässig ist — ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet worden sind. Die Änderungsprotokolle werden hiernach voraussichtlich erst in einigen Jahren in Kraft treten.

3. Da seit dem Inkrafttreten der neuen Fassung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds das Wertverhältnis der Landeswährungen zum Gold nicht mehr über den Goldwert des Sonderziehungsrechts bestimmt werden kann und somit eine allgemein anerkannte Methode der Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung seit diesem Zeitpunkt fehlt, empfiehlt es sich, bis zum Inkrafttreten der Änderungsprotokolle eine Übergangsregelung zu treffen, um Unsicherheiten und Zweifel bei der Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung zu vermeiden. Im Bereich des internationalen Eisenbahnverkehrs haben die Vertragsstaaten der Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) Ende 1977 eine derartige Übergangsregelung, die bis zur nächsten Revision der Übereinkommen gelten soll, ausgearbeitet und den Vertragsstaaten die Annahme dieser Übergangsregelung durch innerstaatliche Rechtsetzung empfohlen. Diese Übergangsregelung sieht vor, daß unter vorläufiger Beibehaltung der Werteinheit „Goldfranken" (Germinal-Franken) die Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung derjenigen Staaten, die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind, über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen wird, und zwar zum Satz von 1 Sonderziehungsrecht = 3 Goldfranken. Diesem Satz liegt das Wertverhältnis zwischen dem bisherigen rechnerischen Goldwert des Sonderziehungsrechts (1 Sonderziehungsrecht = 0,888671 g Feingold 1000/1000) und dem Goldwert des Germinal-Frankens (1 Goldfranken = $^{10}/_{31}$ g Feingold 900/10000) zugrunde. Für die Ermittlung des Wertes der jeweiligen Landeswährung im Verhältnis zum Sonderziehungsrecht ist die Berechnungsmethode maßgebend, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen verwendet. Die Bundesregierung hat bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den eine der Empfehlung der Vertragsstaaten entsprechende innerstaatliche Übergangsregelung geschaffen werden soll (Bundestags-Drucksache 8/2244).

Im Interesse der Rechtssicherheit erscheint es geboten, eine derartige innerstaatliche Übergangsregelung über die Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährung auch für andere internationale haftungsrechtliche Übereinkommen zu treffen, in denen die Haftungshöchstbeträge in Goldfranken festgesetzt sind. In den Übereinkommen selbst ist die Art und Weise der Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährungen nicht geregelt. Man ging, wie bereits erwähnt, davon aus, daß in den Vertragsstaaten ein festes Wertverhältnis zwischen dem Gold und den Landeswährungen bestand. Nachdem diese Voraussetzung entfallen ist, erscheint es angezeigt, die dadurch entstandene Lücke durch innerstaatliche Rechtsetzung auszufüllen, solange eine den geänderten Verhältnissen angepaßte neue internationale Regelung nicht in Kraft getreten ist. Die Artikel 2 bis 6 des Gesetzentwurfs sehen deshalb für die Umrechnung des Goldfrankens in einer Reihe haftungsrechtlicher Übereinkommen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angehört oder die jedenfalls als innerstaatliches Recht in der Bundesrepublik Deutschland gelten, eine Übergangsregelung vor, die der für den internationalen Eisenbahnverkehr getroffenen Übergangsregelung entspricht. Wollte man dagegen bis zum Inkrafttreten der Änderungsprotokolle zu den Übereinkommen bei der Umrechnung des Goldfrankens in die Landeswährungen den Marktpreis für Gold zugrunde legen, so würden sich die in den Übereinkommen festgesetzten Haftungsbeträge etwa auf das Vier- bis Fünffache gegenüber den bisher auf der Basis des Goldwertes des Sonderziehungsrechts maßgebenden Haftungsbeträgen erhöhen. Eine solche Erhöhung würde den Vorstellungen widersprechen, von denen die Vertragsstaaten der Übereinkommen sich bei der Verabschiedung der Änderungsprotokolle haben leiten lassen.

Eine Besonderheit besteht für die Goldfranken nach dem Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung des Luftprivatrechts in der Fassung des Haager Protokolls (BGBl. 1958 II S. 312). Auf Grund von § 2 Abs. 2 des Durchführungsgesetzes zum Warschauer Abkommen vom 15. Dezember 1933 (RGBl. I S. 1079) in der Fassung des Gesetzes vom 16. Juli 1957 (BGBl. I S. 710) ist durch die 4. Umrechnungsverordnung vom 4. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1815) ein bestimmtes Verhältnis des Goldfrankens zur Deutschen Mark festgesetzt worden. Zwar sind auch zum Warschauer Abkommen inzwischen Änderungsprotokolle beschlossen worden, durch die die Rechnungseinheit des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht ersetzt werden soll. Wegen der für das Inkrafttreten geforderten Zahl von 30 Ratifikationen ist jedoch offen, ob und wann das zur geltenden Fassung des Warschauer Abkommens beschlossene Änderungsprotokoll (Ergänzendes Protokoll Nr. 2 von Montreal, 1975) in Kraft treten wird. Von einer entsprechenden Umstellung der Entschädigungsberechnung auf das Sonderziehungsrecht wurde wegen der beim Warschauer Abkommen unterschiedlich gelagerten völkerrechtlichen Gegebenheiten abgesehen, zumal eine Berechnung über das Sonderziehungsrecht zu einer Verringerung des ohnehin schon sehr beschränkten Entschädigungsumfangs führen würde.

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Artikel 1

Auf die Protokolle findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Artikel 2

Aus den im allgemeinen Teil der Begründung dargelegten Gründen trifft Artikel 2 für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Protokolle vom 19. November 1976 eine innerstaatliche Übergangsregelung für die Umrechnung der in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 und in Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 genannten Werteinheit von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt, des sog. Poincaré-Frankens, in Deutsche Mark.

Absatz 1 Satz 1 bestimmt, daß die Umrechnung des in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 genannten Goldfrankens in Deutsche Mark über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen wird, und zwar zum Satz von 15 Goldfranken = 1 Sonderziehungsrecht. Dieser Umrechnungssatz knüpft an das Wertverhältnis zwischen dem bisherigen rechnerischen Goldwert des Sonderziehungsrechts (1 Sonderziehungsrecht = 0,888671 g Feingold 1000/1000) und dem Goldwert des Poincaré-Frankens (1 Goldfranken = 0,0655 g Feingold 900/1000) an.

Diese Übergangsregelung entspricht im wirtschaftlichen Ergebnis der Regelung, die in den Protokollen vorgesehen ist. Sie unterscheidet sich von den Änderungsprotokollen dadurch, daß sie den Goldfranken als Rechnungseinheit beibehält und lediglich dessen Umrechnung in Deutsche Mark regelt, während die Änderungsprotokolle die Rechnungseinheit des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht ersetzen, eine Regelung, die die Bestimmungen der haftungsrechtlichen Übereinkommen sachlich ändert und deshalb vor Inkrafttreten des jeweiligen Protokolls völkerrechtlich noch nicht zulässig wäre.

In Übereinstimmung mit der Regelung der Protokolle stellt Absatz 1 Satz 2 klar, daß der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark nach derjenigen Berechnungsmethode ermittelt wird, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet. Das Wertverhältnis zwischen dem Sonderziehungsrecht und der Deutschen Mark wird vom Internationalen Währungsfonds täglich ermittelt; dieser sog. Transaktionstageswert wird für den Stand am Wochenende regelmäßig in den Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5 „Die Währungen der Welt", veröffentlicht.

Absatz 1 regelt ausschließlich die Umrechnung des Poincaré-Frankens in Deutsche Mark. Wird ein Schadensersatzanspruch in einer anderen Währung als in Deutscher Mark geltend gemacht, so ist bei Prüfung der Frage, ob der Betrag des Schadensersatzes die in dem Übereinkommen in Goldfranken festgelegten Höchstgrenzen übersteigt, der in ausländischer Währung ausgedrückte Betrag zunächst nach dem maßgeblichen Devisenkurs in Deutsche Mark umzurechnen. Sodann ist zu prüfen, ob der so ermittelte DM-Betrag den Betrag übersteigt, der sich auf Grund der in Absatz 1 vorgeschriebenen Umrechnung des Goldfrankens in Deutsche Mark über das Sonderziehungsrecht ergibt.

Absatz 2 regelt die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden genannten Frankens in Deutsche Mark. Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 enthält keine eigene Definition des in diesem Übereinkommen verwendeten Frankens, sondern verweist auf die in Artikel V Absatz 9 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 bezeichnete Werteinheit von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Aus dieser Verweisung folgt, daß die Regelung, die Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzentwurfs für die Umrechnung des im Ölhaftungsübereinkommen von 1969 genannten Goldfrankens in Deutsche Mark vorschreibt, auch für die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 genannten Frankens maßgebend ist.

Es läßt sich jedoch nicht ausschließen, daß das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs bezeichnete Protokoll zum Ölhaftungsübereinkommen von 1969 bereits früher als das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs bezeichnete Protokoll zum Ölfondsübereinkommen von 1971 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Für diesen Fall bestimmt Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzentwurfs, daß die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 genannten Frankens in Deutsche Mark sich bis zu dem Zeitpunkt nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzentwurfs richtet, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs bezeichnete Protokoll zum Ölfondsübereinkommen von 1971 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Diese Regelung ist deswegen erforderlich, weil die Verweisung in Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 sich auf die gegenwärtige Fassung des Artikels V Abs. 9 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 bezieht. Bei dieser Verweisung auf die bisher geltende Fassung des Artikels V Abs. 9 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 verbleibt es auch dann, wenn mit Inkrafttreten des in Artikel 1 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Protokolls zum Ölhaftungsübereinkommen von 1969 die in Artikel V Abs. 9 dieses Übereinkommens bezeichnete Werteinheit „Goldfranken" durch die Rechnungseinheit „Sonderziehungsrecht" ersetzt wird. Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzentwurfs gewährleistet, daß auch in diesem Fall die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Ölfondsübereinkommens von 1971 genannten Frankens sich bis zu dem Zeitpunkt nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzentwurfs bestimmt, zu dem das Protokoll zum Ölfondsübereinkommen von 1971 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

Artikel 3

Artikel 3 trifft aus den im allgemeinen Teil der Begründung angeführten Gründen für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Protokolls vom 5. Juli 1978

eine innerstaatliche Übergangsregelung für die Umrechnung des in Artikel 23 Abs. 3 Satz 2 des Übereinkommens über den internationalen Straßengüterverkehr (CMR) genannten Germinal-Goldfrankens, einer Werteinheit von $^{10}/_{31}$ g Gold von 900/1000 Feingehalt, in Deutsche Mark.

Artikel 3 Satz 1 bestimmt, daß die Umrechnung dieses Goldfrankens in Deutsche Mark über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen wird und zwar zum Satz von 3 Goldfranken = 1 Sonderziehungsrecht. Dieser Umrechnungssatz knüpft an das Wertverhältnis zwischen dem bisherigen rechnerischen Goldwert des Sonderziehungsrechts (1 Sonderziehungsrecht = 0,888671 g Feingold 1000/1000) und dem Goldwert des Germinal-Frankens (1 Goldfranken = $^{10}/_{31}$ g Feingold 900/1000) an. Die Umrechnung entspricht damit im wirtschaftlichen Ergebnis der im Protokoll vom 5. Juli 1978 vorgesehenen Regelung, nach der künftig an die Stelle von 3 Germinal-Franken ein Sonderziehungsrecht tritt.

In Übereinstimmung mit der Regelung des Protokolls stellt Artikel 3 Satz 2 klar, daß der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark nach derjenigen Berechnungsmethode ermittelt wird, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

Artikel 3 regelt — ebenso wie Artikel 2 — ausschließlich die Umrechnung des Goldfrankens in Deutsche Mark. Auf die Begründung zu Artikel 2 wird verwiesen.

Artikel 4

Artikel 4 des Gesetzentwurfs bestimmt, daß in das Vertragsgesetz zu dem Übereinkommen von 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen ein Artikel 1 a eingefügt wird. Der neue Artikel 1 a regelt die Umrechnung der in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt, des sog. Poincaré-Frankens, in Deutsche Mark.

Die Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen haben bisher ein Protokoll zur Ersetzung der in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Übereinkommens genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds nicht beschlossen. Der Abschluß eines solchen Protokolls erschien weniger dringlich, weil im Jahre 1976 eine von der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation (IMCO) einberufene Diplomatische Konferenz ein neues Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen beschlossen hat, das an die Stelle des Übereinkommens von 1957 treten soll. In dem Übereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen sind die Haftungshöchstbeträge nicht mehr in Goldfranken, sondern in Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds festgesetzt.

Es ist beabsichtigt, das von der Bundesrepublik Deutschland gezeichnete Übereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen in absehbarer Zeit zu ratifizieren und das Übereinkommen von 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen zu kündigen. Bis zum völkerrechtlichen Inkrafttreten des Übereinkommens von 1976 wird jedoch noch einige Zeit verstreichen. Es ist deshalb erforderlich, bis dahin eine innerstaatliche Regelung zur Umrechnung der in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Übereinkommens von 1957 genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt zu treffen. Es handelt sich um die gleiche Werteinheit, die auch in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 verwendet wird. Artikel 4 des Gesetzentwurfs trifft dementsprechend für die Umrechnung dieser Werteinheit in Deutsche Mark die gleiche Regelung, die Artikel 2 des Gesetzentwurfs für die Umrechnung der in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt vorsieht. Im einzelnen kann hierzu auf die Begründung zu Artikel 2 des Gesetzentwurfs verwiesen werden.

Artikel 5

Artikel 5 des Gesetzentwurfs bestimmt, daß in das Vertragsgesetz zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen ein Artikel 1 a eingefügt wird. Der neue Artikel 1 a regelt die Umrechnung der in Artikel III Abs. 4 Satz 1 des Übereinkommens von 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt, des sog. Poincaré-Frankens, in Deutsche Mark.

Das Übereinkommen von 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen ist völkerrechtlich noch nicht in Kraft getreten. Nach § 25 a Abs. 1 Nr. 1 des Atomgestezes in der Fassung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053) ist dieses Übereinkommen jedoch unabhängig von seiner völkerrechtlichen Verbindlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland innerstaatlich anzuwenden, soweit nicht seine Regeln eine durch das Inkrafttreten des Übereinkommens bewirkte Gegenseitigkeit voraussetzen.

Die innerstaatliche Anwendung des Übereinkommens von 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen macht es erforderlich, die Umrechnung der in Artikel III Abs. 4 Satz 1 des Übereinkommens genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark innerstaatlich zu regeln. Da es sich um die gleiche Werteinheit handelt, die auch in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 verwendet wird, trifft Artikel 5 des Gesetzentwurfs für die Umrechnung dieser Werteinheit in Deutsche Mark die gleiche Regelung, wie sie Artikel 2 des Gesetzentwurfs für die Umrechnung der in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 genannten Werteinheit von $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark vorsieht. Im einzelnen kann hierzu auf die

Begründung zu Artikel 2 des Gesetzentwurfs verwiesen werden.

Artikel 6

Durch das Seerechtsänderungsgesetz vom 21. Juni 1972 (BGBl. I S. 966) sind die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die beschränkte Haftung des Reeders (§§ 486 ff. HGB) den Bestimmungen des Internationalen Übereinkommens vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen angepaßt worden. Demgemäß bestimmt § 487 a Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 HGB, daß der Betrag der Haftungssumme sich nach dem Raumgehalt des Schiffes richtet und daß für jede Raumtonne das Dreitausendeinhundertfache des Wertes von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt anzusetzen ist. Diese Werteinheit entspricht dem in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens von 1957 definierten Goldfranken (Poincaré-Franken).

Artikel 6 des Gesetzentwurfs ändert § 487 a Abs. 3 HGB dahin, daß die in dieser Vorschrift genannte Werteinheit von 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds ersetzt wird. An die Stelle von 15 Werteinheiten tritt ein Sonderziehungsrecht. Dieser Umrechnungssatz knüpft an das Wertverhältnis zwischen dem bisherigen rechnerischen Goldwert des Sonderziehungsrechts (1 Sonderziehungsrecht = 0,888671 g Feingold 1000/1000) und dem Goldwert des Poincaré-Frankens (1 Goldfranken = 0,0655 g Feingold 900/1000) an.

§ 486 Abs. 3 Satz 4 HGB in der vorgeschlagenen Neufassung bestimmt, daß der Wert der Deutschen Mark gegenüber dem Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds nach der Berechnungsmethode ermittelt wird, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet. Bei der Berechnung der Haftungssumme ist, wie schon nach der bisherigen Fassung des § 486 Abs. 3 Satz 3 HGB, von dem Wert der Deutschen Mark im Zeitpunkt der Eröffnung des Verteilungsverfahrens auszugehen.

Artikel 7

Die Protokolle sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlinklausel.

Artikel 8

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 sind die Tage, an denen die in Artikel 1 des Gesetzentwurfs genannten Protokolle für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden

Protocol to the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969

Protocole de la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures

THE PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

BEING PARTIES to the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 29 November 1969;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article I

For the purpose of the present Protocol:

1. "Convention" means the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969.
2. "Organization" has the same meaning as in the Convention.
3. "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

Article II

Article V of the Convention is amended as follows:

(1) Paragraph 1 is replaced by the following text:

"The owner of a ship shall be entitled to limit his liability under this Convention in respect of any one incident to an aggregate amount of 133 units of account for each ton of the ship's tonnage. However, this aggre-

LES PARTIES AU PRESENT PROTOCOLE,

ETANT PARTIES à la Convention internationale sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 29 novembre 1969,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

Article I

Aux fins du présent Protocole:

1. «Convention» signifie la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.
2. «Organisation» a le même sens que dans la Convention.
3. «Secrétaire général» signifie le Secrétaire général de l'Organisation.

Article II

L'article V de la Convention est modifié comme suit:

1) Le paragraphe 1 est remplacé par le texte suivant:

«Le propriétaire d'un navire est en droit de limiter sa responsabilité aux termes de la présente Convention à un montant total par événement de 133 unités de compte par tonneau de jauge du navire. Toutefois, ce mon-

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am 29. November 1969 in Brüssel beschlossenen Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Im Sinn dieses Protokolls haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Übereinkommen" bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden,
2. „Organisation" hat die gleiche Bedeutung wie im Übereinkommen,
3. „Generalsekretär" bedeutet den Generalsekretär der Organisation.

Artikel II

Artikel V des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

(1) Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Der Eigentümer eines Schiffes ist berechtigt, seine Haftung auf Grund dieses Übereinkommens für jedes Ereignis auf einen Gesamtbetrag von 133 Rechnungseinheiten je Tonne Raumgehalt des Schiffes zu beschrän-

gate amount shall not in any event exceed 14 million units of account."

(2) Paragraph 9 is replaced by the following text:

9 (a) The "unit of account" referred to in paragraph 1 of this Article is the Special Drawing Right as defined by the International Monetary Fund. The amounts mentioned in paragraph 1 shall be converted into the national currency of the State in which the fund is being constituted on the basis of the value of that currency by reference to the Special Drawing Right on the date of the constitution of the fund. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in accordance with the method of valuation applied by the International Monetary Fund in effect at the date in question for its operations and transactions. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in a manner determined by that State.

9 (b) Nevertheless, a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 9 (a) of this Article may, at the time of ratification, acceptance, approval of or accession to the present Convention, or at any time thereafter, declare that the limits of liability provided for in paragraph 1 to be applied in its territory shall, in respect of any one incident, be an aggregate of 2,000 monetary units for each ton of the ship's tonnage provided that this aggregate amount shall not in any event exceed 210 million monetary units. The monetary unit referred to in this paragraph corresponds to sixty-five and a half milligrammes of gold of millesimal fineness nine hundred. The conversion of these amounts into the national currency shall be made according to the law of the State concerned.

9 (c) The calculation mentioned in the last sentence of paragraph 9 (a) and the conversion mentioned in paragraph 9 (b) shall be made in such a manner as to express in the national currency of the Contracting State as far as possible the same real value for the amounts in paragraph 1 as is expressed there in units of account. Contracting States shall communicate to the depositary the manner of calculation pursuant to paragraph 9 (a), or the result of the conversion in paragraph 9 (b) as the case may be, when depositing an instrument refer-

tant total ne peut en aucun cas excéder 14 millions d'unités de compte.»

2) Le paragraphe 9 est remplacé par le texte suivant:

9. a) L'«unité de compte» visée au paragraphe 1 du présent article est le Droit de tirage spécial tel que défini par le Fonds monétaire international. Les montants mentionnés au paragraphe 1 sont convertis dans la monnaie nationale de l'Etat dans lequel le fonds est constitué sur la base de la valeur de cette monnaie par rapport au Droit de tirage spécial à la date de la constitution du fonds. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui est membre du Fonds monétaire international, est calculée selon la méthode d'évaluation appliquée par le Fonds monétaire international à la date en question pour ses propres opérations et transactions. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international, est calculée de la façon déterminée par cet Etat.

b) Toutefois, un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 9 a) du présent article peut, au moment de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation de la présente Convention ou de l'adhésion à celle-ci, ou à tout moment par la suite, déclarer que la limite de la responsabilité prévue au paragraphe 1 et applicable sur son territoire est fixée, par événement, à un total de 2 000 unités monétaires par tonneau de jauge du navire, étant entendu que ce montant total ne devra en aucun cas excéder 210 millions d'unités monétaires. L'unité monétaire visée dans le présent paragraphe correspond à soixante-cinq milligrammes et demi d'or au titre de neuf cents millièmes de fin. La conversion de ces montants en monnaie nationale s'effectue conformément à la législation de l'Etat en cause.

c) Le calcul mentionné à la dernière phrase du paragraphe 9 a) et la conversion mentionnée au paragraphe 9 b) doivent être faits de façon à exprimer en monnaie nationale de l'Etat contractant la même valeur réelle, dans la mesure du possible, que celle exprimée en unités de compte au paragraphe 1. Lors du dépôt d'un instrument visé à l'article IV et chaque fois qu'un changement se produit dans leur méthode de calcul ou dans la valeur de leur monnaie nationale par rapport à l'unité de compte ou à l'unité monétaire, les Etats contractants

ken. Der Gesamtbetrag darf jedoch 14 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreiten."

(2) Absatz 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(9) a) Die in Absatz 1 genannte „Rechnungseinheit" ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Die in Absatz 1 genannten Beträge werden in die Landeswährung des Staates, in dem der Fonds errichtet wird, entsprechend dem Wert dieser Währung gegenüber dem Sonderziehungsrecht am Tag der Errichtung des Fonds umgerechnet. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird nach der vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird auf eine von diesem Staat bestimmte Weise errechnet.

b) Dessenungeachtet kann ein Vertragsstaat, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist und dessen Recht die Anwendung des Buchstabens a nicht zuläßt, bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung des Übereinkommens oder dem Beitritt zu dem Übereinkommen oder jederzeit danach erklären, daß die in seinem Hoheitsgebiet geltenden Haftungshöchstbeträge des Absatzes 1 für jedes Ereignis ein Gesamtbetrag von 2 000 Werteinheiten je Tonne Raumgehalt des Schiffes sind, wobei dieser Gesamtbetrag 210 Millionen Werteinheiten nicht überschreiten darf. Die in diesem Absatz genannte Werteinheit entspricht 65½ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Die Umrechnung dieser Beträge in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates.

c) Die unter Buchstabe a letzter Satz genannte Berechnung und die unter Buchstabe b genannte Umrechnung erfolgen in der Weise, daß die Beträge in Absatz 1, in der Landeswährung des Vertragsstaats ausgedrückt, soweit wie möglich dem dort in Rechnungseinheiten ausgedrückten tatsächlichen Wert entsprechen. Die Vertragsstaaten teilen dem Verwahrer die Art der Berechnung nach Buchstabe a oder das Ergebnis der Umrechnung nach Buchstabe b bei der Hinterlegung einer der in Artikel IV genannten Urkunden sowie immer

red to in Article IV and whenever there is a change in either.

Article III

1. The present Protocol shall be open for signature by any State which has signed the Convention or acceded thereto and by any State invited to attend the Conference to Revise the Unit of Account Provisions of the Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969, held in London from 17 to 19 November 1976. The Protocol shall be open for signature from 1 February 1977 to 31 December 1977 at the Headquarters of the Organization.

2. Subject to paragraph 4 of this Article, the present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by the States which have signed it.

3. Subject to paragraph 4 of this Article, this Protocol shall be open for accession by States which did not sign it.

4. The present Protocol may be ratified, accepted, approved or acceded to by States Parties to the Convention.

Article IV

1. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General.

2. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all existing Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all existing Parties, shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

Article V

1. The present Protocol shall enter into force for the States which have ratified, accepted, approved or acceded to it on the ninetieth day following the date on which eight States including five States each with not less than 1,000,000 gross tons of tanker tonnage have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General.

2. For each State which subsequently ratifies, accepts, approves or accedes to it, the present Protocol shall

communiquent au dépositaire leur méthode de calcul conformément au paragraphe 9 a), ou les résultats de la conversion conformément au paragraphe 9 b), selon le cas.

Article III

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tout Etat qui a signé la Convention ou qui y a adhéré et de tout Etat invité à participer à la Conférence chargée de réviser les dispositions de la Convention de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, tenue à Londres du 17 au 19 novembre 1976. Le Protocole est ouvert à la signature du 1er février 1977 au 31 décembre 1977 au siège de l'Organisation.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, le présent Protocole est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des Etats qui l'ont signé.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, les Etats qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer.

4. Les Etats Parties à la Convention peuvent ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole, ou y adhérer.

Article IV

1. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties existantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

Article V

1. Le présent Protocole entre en vigueur à l'égard des Etats qui l'ont ratifié, accepté ou approuvé, ou qui y ont adhéré, le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle huit Etats, dont cinq ayant chacun au moins 1 million de tonneaux de jauge brute en navires-citernes, ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général.

2. Pour chacun des Etats qui ratifient, acceptent, approuvent le présent Protocole ou y adhèrent ultérieure-

dann mit, wenn sich die Berechnungsart oder das Umrechnungsergebnis ändert.

Artikel III

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, sowie für jeden Staat, der zur Teilnahme an der vom 17. bis 19. November 1976 in London abgehaltenen Konferenz zur Revision der Bestimmungen über die Rechnungseinheit in dem Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden eingeladen wurde, zur Unterzeichnung auf. Das Protokoll liegt vom 1. Februar 1977 bis zum 31. Dezember 1977 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 bedarf dieses Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 liegt dieses Protokoll für Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt auf.

(4) Die Vertragsparteien des Übereinkommens können dieses Protokoll ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten.

Artikel IV

(1) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär.

(2) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

Artikel V

(1) Dieses Protokoll tritt für die Staaten, die es ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder die ihm beigetreten sind, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem acht Staaten, darunter fünf Staaten mit jeweils mindestens einer Million Bruttoregistertonnen Tankerraum, Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden beim Generalsekretär hinterlegt haben.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, tritt es am

enter into force on the ninetieth day after the deposit by such State of the appropriate instrument.

Article VI

1. The present Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which the Protocol enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

3. Denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General.

Article VII

1. A Conference for the purpose of revising or amending the present Protocol may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a Conference of Parties to the present Protocol for the purpose of revising or amending it at the request of not less than one-third of the Parties.

Article VIII

1. The present Protocol shall be deposited with the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed the present Protocol or acceded thereto of:
   (i) each new sigature or deposit of an instrument together with the date thereof;
   (ii) the date of entry into force of the present Protocol;
   (iii) the deposit of any instrument of denunciation of the present Protocol together with the date on which the denunciation takes effect;
   (iv) any amendments to the present Protocol;

(b) transmit certified true copies of the present Protocol to all States which have signed the present Protocol or acceded thereto.

Article IX

As soon as the present Protocol enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ment, celui-ci entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

Article VI

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle il entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

3. La dénonciation prend effet un an après la date du dépôt de l'instrument auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

Article VII

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou d'amender le présent Protocole.

2. L'Organisation convoque une conférence des Parties au présent Protocole ayant pour objet de le réviser ou de l'amender, à la demande du tiers au moins des Parties.

Article VIII

1. Le présent Protocole est déposé auprès du Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:
   i) de toute signature nouvelle ou de tout dépôt d'instrument nouveau, ainsi que de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;
   ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
   iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle la dénonciation prend effet;
   iv) de tout amendement au présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré.

Article IX

Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

Artikel VI

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf eines Jahres oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitraums nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

Artikel VII

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsparteien zur Revision oder Änderung des Protokolls einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien dies verlangt.

Artikel VIII

(1) Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,
   i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;
   ii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;
   iii) von der Hinterlegung jeder Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;
   iv) von jeder Änderung dieses Protokolls;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

Artikel IX

Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article X

The present Protocol is established in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

DONE AT LONDON this nineteenth day of November one thousand nine hundred and seventy-six.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized for that purpose have signed the present Protocol.

Article X

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi. Il en est établi des traductions officielles en langues espagnole et russe qui sont déposées avec l'exemplaire original revêtu des signatures.

FAIT A LONDRES ce dix-neuf novembre mil neuf cent soixante-seize.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Artikel X

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in die russische und spanische Sprache werden angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

GESCHEHEN ZU LONDON am 19. November 1976.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

Protocol to the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971

Protocole de la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures

THE PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

HAVING CONSIDERED the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 17 December 1971;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article I

For the purpose of the present Protocol:

1. "Convention" means the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971.
2. "Liability Convention" has the same meaning as in the Convention.
3. "Organization" has the same meaning as in the Convention.
4. "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

Article II

Article 1, paragraph 4 of the Convention is replaced by the following text:

"Unit of Account" or "Monetary Unit" means the unit of account or monetary unit as the case may be, referred to in Article V of the Liability Convention, as amended by the Protocol thereto adopted on 19 November 1976.

LES PARTIES AU PRESENT PROTOCOLE,

AYANT EXAMINE la Convention internationale portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 17 décembre 1971,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

Article I

Aux fins du présent Protocole:

1. «Convention» désigne la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.
2. «Convention sur la responsabilité» a le même sens que dans la Convention.
3. «Organisation» a le même sens que dans la Convention.
4. «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation.

Article II

Le paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention est remplacé par le texte suivant:

Par «unité de compte» ou «unité monétaire», on entend l'unité de compte ou l'unité monétaire, selon le cas, visée à l'article V de la Convention sur la responsabilité, telle qu'elle a été modifiée par le Protocole adopté le 19 novembre 1976.

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

NACH PRÜFUNG des am 17. Dezember 1971 in Brüssel beschlossenen Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Im Sinn dieses Protokolls haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Übereinkommen" bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden,
2. „Haftungsübereinkommen" hat dieselbe Bedeutung wie im Übereinkommen,
3. „Organisation" hat dieselbe Bedeutung wie im Übereinkommen,
4. „Generalsekretär" bedeutet den Generalsekretär der Organisation.

Artikel II

Artikel 1 Nummer 4 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Rechnungseinheit" oder „Werteinheit" bedeutet jeweils die Rechnungseinheit oder Werteinheit im Sinne des Artikels V des Haftungsübereinkommens in der durch das Protokoll vom 19. November 1976 geänderten Fassung.

Article III

The amounts referred to in the Convention shall wherever they appear be amended as follows:

(a) Article 4:

(i) "450 million francs" is replaced by "30 million units of account or 450 million monetary units";

(ii) "900 million francs" is replaced by "60 million units of account or 900 million monetary units".

(b) In Article 5:

(i) "1,500 francs" is replaced by "100 units of account or 1,500 monetary units";

(ii) "125 million francs" is replaced by "8,333,000 units of account or 125 million monetary units";

(iii) "2,000 francs" is replaced by "133 units of account or 2,000 monetary units";

(iv) "210 million francs" is replaced by "14 million units of account or 210 million moneaccount or 210 million monetary units".

(c) In Article 11, "75 million francs" is replaced by "5 million units of account or 75 million monetary units".

(d) In Article 12, "15 million francs" is replaced by "1 million units of account or 15 million monetary units".

Article IV

1. The present Protocol shall be open for signature by any State which has signed the Convention or acceded thereto and by any State invited to attend the Conference to Revise the Unit of Account Provisions in the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971, held in London from 17 to 19 November 1976. The Protocol shall be open for signature from 1 February 1977 to 31 December 1977 at the Headquarters of the Organization.

2. Subject to paragraph 4 of this Article, the present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by the States which have signed it.

3. Subject to paragraph 4 of this Article, this Protocol shall be open for accession by States which did not sign it.

4. The present Protocol may be ratified, accepted, approved or acceded to by States Parties to the Convention.

Article III

Partout où ils apparaissent, les montants visés dans la Convention sont modifiés comme suit:

a) à l'article 4:

i) «450 millions de francs» est remplacé par «30 millions d'unités de compte ou 450 millions d'unités monétaires»;

ii) «900 millions de francs» est remplacé par «60 millions d'unités de compte ou 900 millions d'unités monétaires»;

b) à l'article 5:

i) «1 500 francs» est remplacé par «100 unités de compte ou 1 500 unités monétaires»;

ii) «125 millions de francs» est remplacé par «8 333 000 unités de compte ou 125 millions d'unités monétaires»;

iii) «2 000 francs» est remplacé par «133 unités de compte ou 2 000 unités monétaires»;

iv) «210 millions de francs» est remplacé par «14 millions d'unités de compte ou 210 millions d'unités monétaires»;

c) à l'article 11, «75 millions de francs» est remplacé par «5 millions d'unités de compte ou 75 millions d'unités monétaires»;

d) à l'article 12, «15 millions de francs» est remplacé par «1 million d'unités de compte ou 15 millions d'unités monétaires».

Article IV

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tout Etat qui a signé la Convention ou qui y a adhéré et de tout Etat invité à participer à la Conférence chargée de réviser les dispositions relatives à l'unité de compte dans la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, qui s'est tenue à Londres du 17 au 19 novembre 1976. Le Protocole est ouvert à la signature du 1er février 1977 au 31 décembre 1977 au siège de l'Organisation.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, le présent Protocole est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des Etats qui l'ont signé.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, les Etats qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer.

4. Les Etats Parties à la Convention peuvent ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole, ou y adhérer.

Artikel III

Die in dem Übereinkommen genannten Beträge werden dort, wo sie vorkommen, wie folgt geändert:

a) Artikel 4:

i) „450 Millionen Franken" wird durch „30 Millionen Rechnungseinheiten oder 450 Millionen Werteinheiten" ersetzt;

ii) „900 Millionen Franken" wird durch „60 Millionen Rechnungseinheiten oder 900 Millionen Werteinheiten" ersetzt.

b) Artikel 5:

i) „1 500 Franken" wird durch 100 Rechnungseinheiten oder 1 500 Werteinheiten" ersetzt;

ii) „125 Millionen Franken" wird durch „8 333 000 Rechnungseinheiten oder 125 Millionen Werteinheiten" ersetzt;

iii) „2 000 Franken" wird durch „133 Rechnungseinheiten oder 2 000 Werteinheiten" ersetzt;

iv) „210 Millionen Franken" wird durch „14 Millionen Rechnungseinheiten oder 210 Millionen Werteinheiten" ersetzt.

c) In Artikel 11 wird „75 Millionen Franken" durch „5 Millionen Rechnungseinheiten oder 75 Millionen Werteinheiten" ersetzt.

d) In Artikel 12 wird „15 Millionen Franken" durch „1 Million Rechnungseinheiten oder 15 Millionen Werteinheiten" ersetzt.

Artikel IV

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, sowie für jeden Staat, der zur Teilnahme an der vom 17. bis 19. November 1976 in London abgehaltenen Konferenz zur Revision der Bestimmungen über die Rechnungseinheit in dem Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden eingeladen wurde, zur Unterzeichnung auf. Das Protokoll liegt vom 1. Februar 1977 bis zum 31. Dezember 1977 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 bedarf dieses Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 liegt dieses Protokoll für Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt auf.

(4) Die Vertragsparteien des Übereinkommens können dieses Protokoll ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten.

Article V

1. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General.

2. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all existing Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all existing Parties shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

Article VI

1. The present Protocol shall enter into force for the States which have ratified, accepted, approved or acceded to it on the ninetieth day following the date on which the following requirements are fulfilled:

(a) at least eight States have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General, and

(b) the Secretary-General has received information in accordance with Article 39 of the Convention that those persons in such States who would be liable to contribute pursuant to Article 10 of the Convention have received during the preceding calendar year a total quantity of at least 750 million tons of contributing oil.

2. However, the present Protocol shall not enter into force before the Convention has entered into force.

3. For each State which subsequently ratifies, accepts, approves or accedes to it, the present Protocol shall enter into force on the ninetieth day after deposit by such State of the appropriate instrument.

Article VII

1. The present Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which the Protocol enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General.

3. Denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General.

Article V

1. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties existantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

Article VI

1. Le présent Protocole entre en vigueur à l'égard des Etats qui l'ont ratifié, accepté ou approuvé, ou qui y ont adhéré, le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle les conditions suivantes sont remplies:

a) au moins huit Etats ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général, et

b) le Secrétaire général a été informé, conformément à l'article 39 de la Convention, que les personnes qui seraient tenues, dans ces Etats, de contribuer au Fonds en application de l'article 10 de la Convention, ont reçu, au cours de l'année civile précédente au moins 750 millions de tonnes d'hydrocarbures donnant lieu à contribution.

2. Toutefois, le présent Protocole ne peut entrer en vigueur avant l'entrée en vigueur de la Convention.

3. Pour chacun des Etats qui ratifient, acceptent, approuvent le présent Protocole ou y adhèrent ultérieurement, celui-ci entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

Article VII

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle le Protocole entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général.

3. La dénonciation prend effet un an après la date du dépôt de l'instrument auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

Artikel V

(1) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär.

(2) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

Artikel VI

(1) Dieses Protokoll tritt für die Staaten, die es ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder die ihm beigetreten sind, am neunzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem folgende Erfordernisse erfüllt sind:

a) mindestens acht Staaten haben eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär hinterlegt und

b) der Generalsekretär hat nach Artikel 39 des Übereinkommens die Mitteilung erhalten, daß diejenigen Personen in diesen Staaten, die nach Artikel 10 des Übereinkommens Beiträge zu leisten haben würden, während des vorangegangenen Kalenderjahrs eine Gesamtmenge von mindestens 750 Millionen Tonnen beitragspflichtigen Öls erhalten haben.

(2) Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.

(3) Für jeden Staat, der dieses Protokoll später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, tritt es am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

Artikel VII

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf eines Jahres oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitraums nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

Article VIII

1. A conference for the purpose of revising or amending the present Protocol may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a Conference of Parties to the present Protocol for the purpose of revising or amending it at the request of not less than one-third of the Parties.

Article IX

1. The present Protocol shall be deposited with the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed the present Protocol or acceded thereto of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) the date of entry into force of the present Protocol;

(iii) the deposit of any instrument of denunciation of the present Protocol together with the date on which the denunciation takes effect;

(iv) any amendments to the present Protocol;

(b) transmit certified true copies of the present Protocol to all States which have signed the present Protocol or acceded thereto.

Article X

As soon as this Protocol enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article XI

The present Protocol is established in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared by the Secretariat of the Organization and deposited with the signed original.

DONE AT LONDON this nineteenth day of November one thousand nine hundred and seventy-six.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized for that purpose have signed the present Protocol.

Article VIII

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou d'amender le présent Protocole.

2. L'Organisation convoque une conférence des Parties au présent Protocole ayant pour objet de le réviser ou de l'amender, à la demande du tiers au moins des Parties.

Article IX

1. Le présent Protocole est déposé auprès du Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle ou de tout dépôt d'instrument nouveau, ainsi que de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

iv) de tout amendement au présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré.

Article X

Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article XI

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi. Le Secrétariat de l'Organisation en prépare des traductions officielles en langues espagnole et russe qui sont déposées avec l'exemplaire original revêtu des signatures.

FAIT A LONDRES ce dix-neuf novembre mil neuf cent soixante-seize.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Artikel VIII

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsparteien zur Revision oder Änderung des Protokolls einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien dies verlangt.

Artikel IX

(1) Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;

ii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iii) von der Hinterlegung jeder Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) von jeder Änderung dieses Protokolls;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

Artikel X

Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel XI

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in die russische und spanische Sprache werden vom Sekretariat der Organisation angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

GESCHEHEN ZU LONDON am 19. November 1976.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Protokoll
zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)

Protocol
to the Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road (CMR)

Protocole
à la Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route (CMR)

THE PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

BEING PARTIES to the Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road (CMR), done at Geneva on 19 May 1956,

HAVE AGREED as follows:

Article 1

For the purpose of the present Protocol "Convention" means the Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road (CMR).

Article 2

Article 23 of the Convention is amended as follows:

(1) Paragraph 3 is replaced by the following text:

"3. Compensation shall not, however, exceed 8.33 units of account per kilogram of gross weight short."

(2) At the end of this article the following paragraphs 7, 8 and 9 are added:

"7. The unit of account mentioned in this Convention is the Special Drawing Right as defined by the International Monetary Fund. The amount mentioned in paragraph 3 of this article shall be converted into the national currency of the State of the Court seized of the case on the basis of the value of that currency on the date of the judgement or the date agreed upon by the parties. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a State which is a member of the International Monetary Fund, shall be cal-

LES PARTIES AU PRESENT PROTOCOLE,

ETANT PARTIES à la Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route (CMR), en date, à Genève, du 19 mai 1956,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

Article premier

Aux fins du présent Protocole, «Convention» signifie la Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route (CMR).

Article 2

L'article 23 de la Convention est modifié comme suit:

1) Le paragraphe 3 est remplacé par le texte suivant:

«3. Toutefois, l'indemnité ne peut dépasser 8,33 unités de compte par kilogramme du poids brut manquant.»

2) A la fin de cet article, les paragraphes 7, 8 et 9 suivants sont ajoutés:

«7. L'unité de compte mentionnée dans la présente Convention est le Droit de tirage spécial tel que défini par le Fonds monétaire international. Le montant visé au paragraphe 3 du présent article est converti dans la monnaie nationale de l'Etat dont relève le tribunal saisi du litige sur la base de la valeur de cette monnaie à la date du jugement ou à la date adoptée d'un commun accord par les parties. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat qui est membre du Fonds monétaire international, est calculée selon

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am 19. Mai 1956 in Genf beschlossenen Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Im Sinn dieses Protokolls bedeutet „Übereinkommen" das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR).

Artikel 2

Artikel 23 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

(1) Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„3. Die Entschädigung darf jedoch 8,33 Rechnungseinheiten für jedes fehlende Kilogramm des Rohgewichts nicht übersteigen."

(2) Am Schluß dieses Artikels werden die folgenden Absätze 7, 8 und 9 hinzugefügt:

„7. Die in diesem Übereinkommen genannte Rechnungseinheit ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Der in Absatz 3 genannte Betrag wird in die Landeswährung des Staates des angerufenen Gerichts umgerechnet; die Umrechnung erfolgt entsprechend dem Wert der betreffenden Währung am Tag des Urteils oder an dem von den Parteien vereinbarten Tag. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Staates, der Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird nach der

culated in accordance with the method of valuation applied by the International Monetary Fund in effect at the date in question for its operations and transactions. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a State which is not a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in a manner determined by that State.

8. Nevertheless, a State which is not a member of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 7 of this article may, at the time of ratification of or accession to the Protocol to the CMR or at any time thereafter, declare that the limit of liability provided for in paragraph 3 of this article to be applied in its territory shall be 25 monetary units. The monetary unit referred to in this paragraph corresponds to 10/31 gram of gold of millesimal fineness nine hundred. The conversion of the amount specified in this paragraph into the national currency shall be made according to the law of the State concerned.

9. The calculation mentioned in the last sentence of paragraph 7 of this article and the conversion mentioned in paragraph 8 of this article shall be made in such a manner as to express in the national currency of the State as far as possible the same real value for the amount in paragraph 3 of this article as is expressed there in units of account. States shall communicate to the Secretary-General of the United Nations the manner of calculation pursuant to paragraph 7 of this article or the result of the conversion in paragraph 8 of this article as the case may be, when depositing an instrument referred to in article 3 of the Protocol to the CMR and whenever there is a change in either."

Final provisions

Article 3

1. This Protocol shall be open for signature by States which are signatories to, or have acceded to the Convention and are either members of the Economic Commission for Europe or have been admitted to that Commission in a consultative capacity under paragraph 8 of that Commission's terms of reference.

2. This Protocol shall remain open for accession by any of the States referred to in paragraph 1 of this article which are Parties to the Convention.

la méthode d'évaluation appliquée par le Fonds monétaire international à la date en question pour ses propres opérations et transactions. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat qui n'est pas membre du Fonds monétaire international, est calculée de la façon déterminée par cet Etat.

8. Toutefois, un Etat qui n'est pas membre du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 7 du présent article peut, au moment de la ratification du Protocole à la CMR ou de l'adhésion à celui-ci, ou à tout moment ultérieur, déclarer que la limite de la responsabilité prévue au paragraphe 3 du présent article et applicable sur son territoire est fixée à 25 unités monétaires. L'unité monétaire dont il est question dans le présent paragraphe correspond à 10/31 de gramme d'or au titre de neuf cents millièmes de fin. La conversion en monnaie nationale du montant indiqué dans le présent paragraphe s'effectue conformément à la législation de l'Etat concerné.

9. Le calcul mentionné à la dernière phrase du paragraphe 7, et la conversion mentionnée au paragraphe 8, du présent article doivent être faits de façon à exprimer en monnaie nationale de l'Etat la même valeur réelle, dans la mesure du possible, que celle exprimée en unités de compte au paragraphe 3 du présent article. Lors du dépôt d'un instrument visé à l'article 3 du Protocole à la CMR et chaque fois qu'un changement se produit dans leur méthode de calcul ou dans la valeur de leur monnaie nationale par rapport à l'unité de compte ou à l'unité monétaire, les Etats communiquent au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies leur méthode de calcul conformément au paragraphe 7, ou les résultats de la conversion conformément au paragraphe 8, du présent article, selon le cas.»

Dispositions finales

Article 3

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature des Etats qui sont signataires de la Convention ou y ont adhéré et qui sont soit membres de la Commission économique pour l'Europe, soit admis à cette Commission à titre consultatif conformément au paragraphe 8 du mandat de cette Commission.

2. Le présent Protocole restera ouvert à l'adhésion de tout Etat visé au paragraphe 1 du présent article et qui est Partie à la Convention.

vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Staates, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird auf eine von diesem Staat bestimmte Weise errechnet.

8. Dessenungeachtet kann ein Staat, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist und dessen Recht die Anwendung des Absatzes 7 nicht zuläßt, bei der Ratifikation des Protokolls zum CMR oder dem Beitritt zu jenem Protokoll oder jederzeit danach erklären, daß sich der in seinem Hoheitsgebiet geltende Haftungshöchstbetrag des Absatzes 3 auf 25 Werteinheiten beläuft. Die in diesem Absatz genannte Werteinheit entspricht 10/31 Gramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Die Umrechnung des Betrags nach diesem Absatz in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates.

9. Die in Absatz 7 letzter Satz genannte Berechnung und die in Absatz 8 genannte Umrechnung erfolgen in der Weise, daß der Betrag nach Absatz 3, in der Landeswährung des Staates ausgedrückt, soweit wie möglich dem dort in Rechnungseinheiten ausgedrückten tatsächlichen Wert entspricht. Die Staaten teilen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Art der Berechnung nach Absatz 7 oder das Ergebnis der Umrechnung nach Absatz 8 bei der Hinterlegung einer der in Artikel 3 des Protokolls zum CMR genannten Urkunden sowie immer dann mit, wenn sich die Berechnungsart oder das Umrechnungsergebnis ändert."

Schlußbestimmungen

Artikel 3

(1) Dieses Protokoll liegt für Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind und die entweder Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa oder nach Absatz 8 des der Kommission erteilten Auftrages in beratender Eigenschaft zu der Kommission zugelassen sind, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll liegt für die in Absatz 1 bezeichneten Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, zum Beitritt auf.

3. Such States as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with paragraph 11 of that Commission's terms of reference which have acceded to the Convention may become Contracting Parties to this Protocol by acceding thereto after its entry into force.

4. This Protocol shall be open for signature at Geneva from 1 September 1978 to 31 August 1979 inclusive. Thereafter, it shall be open for accession.

5. This Protocol shall be subject to ratification after the State concerned has ratified or acceded to the Convention.

6. Ratification or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

7. Any instrument of ratification or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all Contracting Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all Contracting Parties shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

Article 4

1. This Protocol shall enter into force on the ninetieth day after five of the States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2 of this Protocol, have deposited their instruments of ratification or accession.

2. For any State ratifying or acceding to it after five States have deposited their instruments of ratification or accession, this Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the said State has deposited its instrument of ratification or accession.

Article 5

1. Any Contracting Party may denounce this Protocol by so notifying the Secretary-General of the United Nations.

2. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of the notification of denunciation.

3. Any Contracting Party which ceases to be Party to the Convention shall on the same date cease to be Party to this Protocol.

Article 6

If, after the entry into force of this Protocol, the number of Contracting Parties is reduced, as a result of denunciations, to less than five, this

3. Les Etats susceptibles de participer à certains travaux de la Commission économique pour l'Europe en application du paragraphe 11 du mandat de cette Commission et qui ont adhéré à la Convention peuvent devenir Parties contractantes au présent Protocole en y adhérant après son entrée en vigueur.

4. Le présent Protocole sera ouvert à la signature à Genève du 1er septembre 1978 au 31 août 1979 inclus. Après cette date, il sera ouvert à l'adhésion.

5. Le présent Protocole est sujet à ratification après que l'Etat concerné aura ratifié la Convention ou y aura adhéré.

6. La ratification ou l'adhésion sera effectuée par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

7. Tout instrument de ratification ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties contractantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

Article 4

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après que cinq des Etats mentionnés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3 du présent Protocole auront déposé leur instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chaque Etat qui le ratifiera ou y adhérera après que cinq Etats auront déposé leur instrument de ratification ou d'adhésion, le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion dudit Etat.

Article 5

1. Chaque Partie contractante pourra dénoncer le présent Protocole par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

2. La dénonciation prendra effet douze mois après la date à laquelle le Secrétaire général en aura reçu notification.

3. Toute Partie contractante qui cessera d'être Partie à la Convention cessera à la même date d'être Partie au présent Protocole.

Article 6

Si, après l'entrée en vigueur du présent Protocole, le nombre de Parties contractantes se trouve, par suite de dénonciations, ramené à moins de

(3) Staaten, die nach Absatz 11 des der Wirtschaftskommission für Europa erteilten Auftrages berechtigt sind, an bestimmten Arbeiten der Kommission teilzunehmen, und die dem Übereinkommen beigetreten sind, können Vertragsparteien dieses Protokolls werden, indem sie ihm nach seinem Inkrafttreten beitreten.

(4) Dieses Protokoll liegt vom 1. September 1978 bis zum 31. August 1979 in Genf zur Unterzeichnung auf. Danach liegt es zum Beitritt auf.

(5) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, nachdem der betreffende Staat das Übereinkommen ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist.

(6) Die Ratifikation oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

(7) Jede Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

Artikel 4

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf der in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten in Kraft.

(2) Dieses Protokoll tritt für jeden Staat, der es nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf Staaten ratifiziert oder ihm beitritt, am neunzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die aufhört, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein, hört damit auch auf, Vertragspartei dieses Protokolls zu sein.

Artikel 6

Sinkt durch Kündigungen die Anzahl der Vertragsparteien nach Inkrafttreten dieses Protokolls auf weniger als fünf, so tritt das Protokoll

Protocol shall cease to be in force from the date on which the last of such denunciations takes effect. It shall also cease to be in force from the date on which the Convention ceases to be in force.

cinq, le présent Protocole cessera d'être en vigueur à partir de la date à laquelle la dernière de ces dénonciations prendra effet. Il cessera également d'être en vigueur à partir de la date à laquelle la Convention ellemême cessera d'être en vigueur.

mit dem Tag außer Kraft, an dem die letzte dieser Kündigungen wirksam wird. Es tritt auch mit dem Tag außer Kraft, an dem das Übereinkommen außer Kraft tritt.

Article 7

1. Any State may, at the time of depositing its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Protocol shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible and in respect of which it has made a declaration in accordance with article 46 of the Convention. This Protocol shall extend to the territory or territories named in the notification as from the ninetieth day after its receipt by the Secretary-General or, if on that day the Protocol has not yet entered into force, as from the time of its entry into force.

2. Any State which has made a declaration under the preceding paragraph extending this Protocol to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Protocol separately in respect of that territory in accordance with the provisions of article 5 above.

Article 7

1. Tout Etat pourra, lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion ou à tout moment ultérieur, déclarer, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que le présent Protocole sera applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international et pour lesquels il a fait une déclaration conformément à l'article 46 de la Convention. Le présent Protocole sera applicable au territoire ou aux territoires mentionnés dans la notification à dater du quatre-vingt-dixième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général ou, si à ce jour le Protocole n'est pas encore entré en vigueur, à dater de son entrée en vigueur.

2. Tout Etat qui aura fait, conformément au paragraphe précédent, une déclaration ayant pour effet de rendre le présent Protocole applicable à un territoire qu'il représente sur le plan international pourra, conformément à l'article 5 ci-dessus, dénoncer le Protocole séparément en ce qui concerne ledit territoire.

Artikel 7

(1) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß dieses Protokoll für alle oder für einen Teil der Hoheitsgebiete gelten soll, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt und hinsichtlich deren er eine Erklärung nach Artikel 46 des Übereinkommens abgegeben hat. Das Protokoll wird für das oder die in der Notifikation genannten Hoheitsgebiete am neunzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen oder, falls das Protokoll noch nicht in Kraft getreten ist, mit seinem Inkrafttreten wirksam.

(2) Jeder Staat, der nach Absatz 1 erklärt hat, daß dieses Protokoll für ein Hoheitsgebiet gelten soll, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt, kann das Protokoll allein für dieses Hoheitsgebiet nach Artikel 5 kündigen.

Article 8

Any dispute between two or more Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Protocol which the Parties are unable to settle by negotiation or other means may, at the request of any one of the Contracting Parties concerned, be referred for settlement to the International Court of Justice.

Article 8

Tout différend entre deux ou plusieurs Parties contractantes touchant l'interprétation ou l'application du présent Protocole que les Parties n'auraient pu régler par voie de négociations ou par un autre mode de règlement pourra être porté, à la requête d'une quelconque des Parties contractantes intéressées, devant la Cour internationale de Justice, pour être tranché par elle.

Artikel 8

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls, welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf anderem Weg beilegen können, kann auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden.

Article 9

1. Each Contracting Party may, at the time of signing, ratifying, or acceding to this Protocol, declare by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that it does not consider itself bound by article 8 of this Protocol. Other Contracting Parties shall not be bound by article 8 of this Protocol in respect of any Contracting Party which has entered such a reservation.

2. The declaration referred to in paragraph 1 of this article may be withdrawn at any time by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations.

Article 9

1. Chaque Partie contractante pourra, au moment où elle signera ou ratifiera le présent Protocole ou y adhérera, déclarer par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qu'elle ne se considère pas liée par l'article 8 du présent Protocole. Les autres Parties contractantes ne seront pas liées par l'article 8 envers toute Partie contractante qui aura formulé une telle réserve.

2. La déclaration visée au paragraphe 1 du présent article pourra être retirée à tout moment par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieses Protokolls oder beim Beitritt zu diesem durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß sie sich durch Artikel 8 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Artikel 8 nicht gebunden.

(2) Eine Erklärung nach Absatz 1 kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückgezogen werden.

3. No other reservation to this Protocol shall be permitted.

Article 10

1. After this Protocol has been in force for three years, any Contracting Party may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing this Protocol. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a period of four months following the date of notification by the Secretary-General not less than one-fourth of the Contracting Parties notify him of their concurrence with the request.

2. If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all the Contracting Parties and invite them to submit within a period of three months such proposals as they may wish the Conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting Parties the provisional agenda for the Conference together with the texts of such proposals at least three months before the date on which the Conference is to meet.

3. The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2 and States which have become Contracting Parties under article 3, paragraph 3 of this Protocol.

Article 11

In addition to the notifications provided for in article 10, the Secretary-General of the United Nations shall notify the States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2, of this Protocol and the States which have become Contracting Parties under article 3, paragraph 3, of this Protocol, of:

(a) ratifications and accessions under article 3;

(b) the dates of entry into force of this Protocol in accordance with article 4;

(c) communications received under article 2, paragraph (2);

(d) denunciations under article 5;

(e) the termination of this Protocol in accordance with article 6;

(f) notifications received in accordance with article 7;

(g) declarations and notifications received in accordance with article 9, paragraphs 1 and 2.

3. Aucune autre réserve au présent Protocole ne sera admise.

Article 10

1. Après que le présent Protocole aura été en vigueur pendant trois ans, toute Partie contractante pourra, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de réviser le présent Protocole. Le Secrétaire général notifiera cette demande à toutes les Parties contractantes et convoquera une conférence de révision si, dans un délai de quatre mois à dater de la notification adressée par lui, le quart au moins des Parties contractantes lui signifient leur assentiment à cette demande.

2. Si une conférence est convoquée conformément au paragraphe précédent, le Secrétaire général en avisera toutes les Parties contractantes et les invitera à présenter, dans un délai de trois mois, les propositions qu'elles souhaiteraient voir examiner par la Conférence. Le Secrétaire général communiquera à toutes les Parties contractantes l'ordre du jour provisoire de la Conférence, ainsi que le texte de ces propositions, trois mois au moins avant la date d'ouverture de la Conférence.

3. Le Secrétaire général invitera à toute conférence convoquée conformément au présent article tous les Etats visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3, ainsi que les Etats devenus Parties contractantes en application du paragraphe 3 de l'article 3 du présent Protocole.

Article 11

Outre les notifications prévues à l'article 10, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera aux Etats visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3, ainsi qu'aux Etats devenus Parties contractantes en application du paragraphe 3 de l'article 3 du présent Protocole:

a) les ratifications et adhésions en vertu de l'article 3,

b) les dates auxquelles le présent Protocole entrera en vigueur conformément à l'article 4,

c) les communications reçues en vertu de l'alinéa 2) de l'article 2,

d) les dénonciations en vertu de l'article 5,

e) l'abrogation du présent Protocole conformément à l'article 6,

f) les notifications reçues conformément à l'article 7,

g) les déclarations et notifications reçues conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 9.

(3) Andere Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 10

(1) Nachdem dieses Protokoll drei Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann jede Vertragspartei durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation die Einberufung einer Konferenz zur Revision des Protokolls beantragen. Der Generalsekretär notifiziert diesen Antrag allen Vertragsparteien und beruft eine solche Konferenz ein, wenn binnen vier Monaten nach der von ihm vorgenommenen Notifikation mindestens ein Viertel der Vertragsparteien ihm ihre Zustimmung zu dem Antrag mitteilt.

(2) Wird eine Konferenz nach Absatz 1 einberufen, so teilt der Generalsekretär dies allen Vertragsparteien mit und fordert sie auf, binnen drei Monaten die Vorschläge einzureichen, die sie durch die Konferenz prüfen lassen wollen. Der Generalsekretär übermittelt allen Vertragsparteien mindestens drei Monate vor Eröffnung der Konferenz deren vorläufige Tagesordnung sowie den Wortlaut der Vorschläge.

(3) Der Generalsekretär lädt zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten sowie die Staaten ein, die auf Grund des Artikels 3 Absatz 3 Vertragsparteien geworden sind.

Artikel 11

Außer den in Artikel 10 vorgesehenen Notifikationen notifiziert der Generalsekretär der Vereinten Nationen den in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die auf Grund des Artikels 3 Absatz 3 Vertragsparteien geworden sind,

a) die Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 3;

b) die Zeitpunkte, zu denen dieses Protokoll nach Artikel 4 in Kraft tritt;

c) den Eingang der Mitteilungen nach Artikel 2 Absatz 2;

d) die Kündigungen nach Artikel 5;

e) das Außerkrafttreten dieses Protokolls nach Artikel 6;

f) den Eingang der Notifikationen nach Artikel 7;

g) den Eingang der Erklärungen und Notifikationen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2.

Article 12

After 31 August 1979, the original of this Protocol shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies to each of the States mentioned in article 3, paragraphs 1, 2 and 3 of this Protocol.

Article 12

Après le 31 août 1979, l'original du présent Protocole sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmettra des copies certifiées conformes à chacun des Etats visés aux paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 3 du présent Protocole.

Artikel 12

Nach dem 31. August 1979 wird die Urschrift dieses Protokolls beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen in Artikel 3 Absätze 1, 2 und 3 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften.

DONE at Geneva, this fifth day of July one thousand nine hundred and seventy-eight, in a single copy in the English and French languages, each text being equally authentic.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol in the name of

FAIT a Genève, le cinq juillet mil neuf cent soixante-dix-huit, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

EN FOI DE QUOI les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole au nom

GESCHEHEN zu Genf am 5. Juli 1978, in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben im Namen von

Denkschrift zu den Protokollen

A. Allgemeine Bemerkungen

In dem Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsübereinkommen), dem Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsübereinkommen) und dem CMR-Übereinkommen von 1956 sind Haftungs- und Entschädigungsbeträge sowie Beitragsverpflichtungen in „Franken" ausgedrückt. Der „Franken" ist als eine Goldmenge von bestimmtem Goldfeingehalt definiert, und zwar im Haftungs- und im Fondsübereinkommen als $65^1/_2$ Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt (sog. „Poincaré-Franken") und in der CMR als $^{10}/_{31}$ Gramm Gold, ebenfalls von 900/1000 Feingehalt (sog. „Germinal-Franken"). Diese Methode der Festsetzung von Höchstbeträgen in internationalen Übereinkommen entspricht den Vorbildern anderer internationaler Übereinkommen auf dem Gebiet des Haftungsrechts. Der „Poincaré-Franken" ist erstmals in dem Warschauer Abkommen von 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr verwandt worden.

Mit der Festsetzung von Haftungsbeträgen in einer bestimmten Goldmenge von bestimmtem Feingehalt wurde auf einen für alle Vertragsstaaten einheitlichen und international anerkannten Wertmaßstab zurückgegriffen. Diese Methode war im Zeitpunkt des Abschlusses der Übereinkommen allen anderen Möglichkeiten, insbesondere der Festsetzung der Beträge in Währungseinheiten im Sinne von Zahlungsmitteln, überlegen. Die Umrechnung von Goldfranken in die nationalen Landeswährungen der Vertragsstaaten war unproblematisch; denn weltweit bestand ein festes Wertverhältnis zwischen dem Gold und den Landeswährungen künftiger Vertragsstaaten. Damit war sichergestellt, daß die Umrechnung der in den Übereinkommen genannten Beträge in allen Vertragsstaaten zu annähernd gleichwertigen Ergebnissen führte. Die Einheitlichkeit der Anwendung der Übereinkommen war gewährleistet.

Bei Abschluß des Haftungsübereinkommens im Jahre 1969 und des Fondsübereinkommens im Jahre 1971 allerdings hatte sich neben dem offiziellen Goldpreis der Notenbanken ein freier und bald wesentlich höherer Marktpreis für Gold gebildet. Artikel V Abs. 9 des Haftungsübereinkommens — auf den Artikel 1 Abs. 4 des Fondsübereinkommens verweist — bezieht sich aus diesem Grunde ausdrücklich auf den „amtlichen Wechselkurs" der Landeswährung gegenüber dem Gold und schließt damit den freien Marktpreis des Goldes als Grundlage für die Umrechnung der Haftungsbeträge in die Landeswährungen der Vertragsstaaten aus.

Durch grundlegende Änderungen des internationalen Währungssystems in den letzten Jahren ist jedoch die Bindung der meisten Landeswährungen an das Gold verloren gegangen. So ist die Parität der Deutschen Mark zum Gold zuletzt im Jahre 1969 festgelegt worden. Seitdem ist diese Parität nicht mehr geändert worden, obwohl sie mit der zeitweiligen Anwendung von Leitkursen an Stelle der Parität und dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen de facto außer Kraft gesetzt wurde. Sie wurde — wie auch die aller übrigen Währungen der Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds — mit dem Inkrafttreten des geänderten Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds am 1. April 1978 aufgehoben. Zugleich wurde auch die bis dahin geltende Definition des Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Gold außer Kraft gesetzt, die bis zu diesem Zeitpunkt die Bestimmung des rechnerischen Wertverhältnisses der Deutschen Markt zum Gold sowie zu den in den haftungsrechtlichen Übereinkommen festgelegten Goldfranken ermöglichte.

Ein „amtlicher Wechselkurs" der Deutschen Mark gegenüber dem Gold besteht also spätestens seit diesem Tag nicht mehr. Die in dem Haftungs- und in dem Fondsübereinkommen vorgesehene Umrechnungsmethode ist daher jetzt nicht mehr möglich. Entsprechendes gilt für die CMR. Zwar ist hier nicht ausdrücklich auf einen „amtlichen Wechselkurs" Bezug genommen. Das Abstellen auf eine bestimmte Goldmenge bestimmten Feingehalts hatte jedoch auch hier den Zweck, einen festen Bezugspunkt für die Umrechnung der in Franken ausgedrückten Haftungsbeträge in die Landeswährung der Vertragsstaaten zu schaffen. Dies konnte, auch nach Bildung eines „gespaltenen" Goldpreises, nur der offizielle Preis des Goldes sein. Insofern weichen die Währungsklauseln des Haftungs- und des Fondsübereinkommens nur redaktionell und nicht sachlich von der des CMR-Übereinkommens und der anderen Haftungsübereinkommen ab.

Durch den Wegfall der festen Relationen der Landeswährungen und des Sonderziehungsrechts zum Gold im Haftungs-, im Fonds- und im CMR-Übereinkommen sind Lücken entstanden, die die einheitliche Anwendung dieser Übereinkommen in Frage stellen. Die Vertragsstaaten zu diesen Übereinkommen haben daher Protokolle geschlossen, in denen die bisherigen Währungsklauseln dieser Übereinkommen durch neue Regelungen ersetzt werden. Auf von der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation (IMCO) einberufenen Konferenzen in London sind am 19. November 1976 Protokolle zum Haftungsübereinkommen und zum Fondsübereinkommen und zusätzlich zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See beschlossen worden. Das Protokoll zu dem CMR-Übereinkommen ist auf der 38. Sitzung des Binnenverkehrsausschusses der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) gemeinsam mit drei weiteren Pro-

tokollen zu transportrechtlichen Übereinkommen der ECE am 5. Juli 1978 verabschiedet worden. Die Londoner Protokolle sind von der Bundesrepublik Deutschland am 16. Dezember 1977, das Protokoll zum CMR-Übereinkommen ist am 1. November 1978 unterzeichnet worden.

Die Londoner Protokolle zum Haftungs- und Fondsübereinkommen sowie das Genfer Protokoll zum CMR-Übereinkommen enthalten sachlich gleiche Regelungen. Sie folgen grundsätzlich der Lösung, die bereits im September 1975 in Montreal in Protokollen zu dem Warschauer Abkommen von 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr und Zusatzabkommen hierzu beschlossen worden sind. Wesentliches Merkmal dieser Regelung ist die Ablösung des Goldes als Rechnungseinheit durch das SZR des IWF. Da jedoch die meisten Staaten des Ostblocks nicht Mitglied des IWF sind, sehen die Protokolle eine Doppellösung vor: Die Staaten, die nicht Mitglied des IWF sind und deren Recht die Verwendung des SZR als Rechnungseinheit nicht zuläßt, können weiterhin auf Goldbasis umrechnen.

Im einzelnen bestimmt die Währungsklausel der Protokolle folgendes:

Die bisher in Goldfranken ausgedrückten Beträge werden in SZR festgesetzt. Die Umrechnung dieser Beträge in die einzelnen Landeswährungen erfolgt nach der Berechnungsmethode, die der Internationale Währungsfonds in dem für die Umrechnung maßgeblichen Zeitpunkt für seine Operationen und Transaktionen anwendet. Jedoch können Vertragsstaaten, die nicht Mitglied des IWF sind, denen aber die Umrechnung des SZR in die Landeswährung keine rechtlichen oder praktischen Schwierigkeiten bereitet, die Art und Weise der Umrechnung des SZR in ihre Landeswährung durch nationales Recht selbst bestimmen. Diese Regelung hat praktisch nur für die Schweiz, die Vertragsstaat der CMR, bisher aber nicht des Haftungs- und des Fondsübereinkommens ist, Bedeutung.

Für Vertragsstaaten, die nicht Mitglied des IWF sind und deren Gesetzgebung die Verwendung des SZR als Rechnungseinheit nicht zuläßt, sind die bisherigen Goldfranken-Haftungsbeträge jetzt im Verhältnis von 1 : 1 in „Werteinheiten" ausgedrückt, wobei eine Werteinheit im Haftungs- und Fondsüberkommen dem „Poincaré-Franken (65,5 mg Gold von 900/1000 Feingehalt) und im CMR-Protokoll dem „Germinal-Franken" ($^{10}/_{31}$ g Gold von 900/1000 Feingehalt) entspricht. Die Umrechnung der in „Werteinheiten' ausgedrückten Haftungsbeträge in die Landeswährung richtet sich nach dem Recht des Staates, der diese Regelung übernommen hat. Zusätzlich zu den Protokollen von Montreal bestimmen die Londoner und Genfer Protokolle, daß die Umrechnung der „Werteinheiten" in die Landeswährung so weit wie möglich zu den gleichen Realwerten wie die Umrechnung der in SZR ausgedrückten Haftungsbeträge führen soll. Die Staaten, die von dieser Regelung Gebrauch machen, sind verpflichtet, dem Verwahrer bei Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde das Umrechnungsergebnis mitzuteilen. Die gleiche Verpflichtung besteht, wenn sich das Umrechnungsergebnis später ändern sollte. Diese Verpflichtung der Nichtmitgliedstaaten des IWF wurde auf der Londoner Konferenz von 1976 für erforderlich gehalten, um allzu starke Unterschiede in der Berechnung der Beträge nach den Übereinkommen zwischen Mitgliedstaaten des IWF und den Nichtmitgliedstaaten, die die „Werteinheiten" für die Berechnung zugrunde legen, zu vermeiden. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Einhaltung dieser Verpflichtung für die Nichtmitgliedstaaten des IWF ergeben können, wurden bei den Beratungen zu den Protokollen durchaus gesehen. Die Pflicht zur Mitteilung des Berechnungsergebnisses soll die Umrechnung vorausschaubar und nachprüfbar machen.

In den Protokollen zum Haftungs- und zum Fondsübereinkommen wird an die Stelle von 15 Poincaré-Franken ein SZR gesetzt. Diese — etwas abgerundete — Relation ergibt sich aus dem Wertverhältnis zwischen dem bisherigen Goldwert des SZR einerseits (gleich 0,888671 g Gold von 1000/1000 Feingehalt) und dem Goldwert des Poincaré-Franken andererseits. Entsprechend ist in dem Protokoll zum CMR-Übereinkommen an die Stelle von 3 Germinal-Franken ein SZR gesetzt worden.

Bei den Londoner Konferenzen von 1976 hatte die Definition des SZR in Gold offiziell noch Bestand, so daß sich die Umrechnung der Franken in SZR nach der Relation der Goldwerte anbot. Bei der Beratung über das CMR-Protokoll in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Binnenverkehrsausschusses der ECE im Mai 1978 und seiner Verabschiedung durch den Binnenverkehrsausschuß am 5. Juli 1978 allerdings war jede Beziehung des SZR zum Gold bereits gelöst. Dennoch bestand bei den Beratungen zu den Genfer Protokollen Einigkeit darüber, daß auch für die Umrechnung des Germinal-Frankens der CMR in SZR nur die ursprüngliche Relation des früheren in Gold definierten SZR-Wertes zum Goldwert des Germinal-Frankens in Betracht kam, weil nur auf diese Weise der Tatsache Rechnung getragen werden konnte, daß der in der CMR genannte Goldwert als ein offizieller Goldwert zu verstehen sei.

Die Umrechnung des SZR in die Landeswährung der Vertragsstaaten erfolgt seit dem 1. Juli 1974 nach der sog. „Standardkorb-Technik". Hiernach entspricht das SZR dem Gegenwert eines Währungskorbes, dessen Zusammensetzung vom Internationalen Währungsfonds zuletzt mit Wirkung zum 1. Juli 1978 neu festgelegt wurde. Seither enthält der Korb die Währungen jener 16 Länder, die den höchsten Anteil am Weltexport von Waren und Dienstleistungen haben. Das prozentuale Gewicht, das den einzelnen Währungen in dem Währungskorb beigemessen wird, bestimmt sich nach dem Anteil jedes dieser 16 Länder am Weltexport. Der Wert des SZR wird täglich ermittelt. Zu diesem Zweck werden zunächst die Devisenkurse der anderen Korbwährungen gegenüber dem US-Dollar ermittelt. An Hand dieser Kurse werden die im Korb befindlichen Währungsmengen in Dollar umgerechnet und die sich ergebenden Dollarbeträge unter Hinzurechnung der im Währungskorb befindlichen Dollarmenge

zusammengezogen. Die Summe ergibt den Tages-Dollargegenwert des SZR; hieraus wiederum wird der Kurs der anderen Korbwährungen gegenüber dem SZR mit Hilfe des Dollarkurses dieser Währungen errechnet. Die Protokolle gewährleisten, daß bei einer Änderung dieser Bewertungsmethode durch den IWF auch für die Berechnung der Haftungs- oder Entschädigungsbeträge nach den Übereinkommen die neue Methode angewendet wird. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die Umrechnung für die Übereinkommen mit der jeweils vom Internationalen Währungsfonds angewandten Bewertungsmethode übereinstimmt.

Die Bundesregierung hält die Ratifizierung der drei Protokolle durch die Bundesrepublik Deutschland für geboten. Das Haftungsübereinkommen von 1969 ist inzwischen für 33 Staaten, das im wesentlichen auf Europa beschränkte CMR-Übereinkommen für 21 Staaten in Kraft getreten. Beide Übereinkommen haben durch die hierdurch erzielte sehr weite Rechtsvereinheitlichung international eine große Bedeutung erlangt. Durch das Haftungsübereinkommen und das am 16. Oktober 1978 in Kraft getretene Fondsübereinkommen wird auf internationaler Ebene ein wirksames Entschädigungssystem bei Ölverschmutzungsschäden gewährleistet. Diese Errungenschaften der Übereinkommen können angesichts der dargestellten Schwierigkeiten bei der Umrechnung des Goldfrankens nur durch eine international einheitliche Lösung dieser Probleme sichergestellt werden.

B. Zu den einzelnen Protokollen

I. Protokoll vom 19. November 1976 zum internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden

Die Präambel stellt fest, daß Vertragsparteien des Protokolls nur Vertragsparteien des Ölhaftungsübereinkommens von 1969 sein können.

Die Definitionen in Artikel I verweisen auf das Haftungsübereinkommen.

Artikel II enthält die unter A. allgemein dargestellte neue Währungsklausel. Da das Haftungsübereinkommen lediglich in seinem Artikel V Abs. 1 Haftungsbeträge erwähnt, braucht in dem Protokoll nur diese Vorschrift geändert zu werden (Artikel II Abs. 1). Außerdem wird die Definition des Frankens in Artikel V Abs. 9 des Übereinkommens durch die neue Währungsklausel ersetzt. Entsprechend der Regelung im Übereinkommen wird als maßgeblicher Umrechnungszeitpunkt der Tag der Errichtung des Fonds bestimmt. In Artikel V Abs. 9 Buchstabe b des Übereinkommens in der Fassung des Protokolls werden entsprechend der ursprünglichen Regelung des Übereinkommens für die Nichtmitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds als Haftungsbeträge 2 000 „Werteinheiten" je Tonne Raumgehalt des Schiffes bis zum Gesamtbetrag von 210 Millionen „Werteinheiten" bestimmt.

Anregungen einzelner Delegationen, anläßlich der Verabschiedung dieses Protokolls zur Ersetzung der Währungseinheit gleichzeitig eine Erhöhung der Haftungsbeträge vorzunehmen, wurden von der Konferenz nicht aufgenommen. Es war allgemeine Überzeugung, daß der Erfolg des Protokolls und seine allgemeine Annahme in Frage gestellt werden könnten, wenn neben der Ersetzung der Goldklausel auch die Haftungsbeträge geändert würden.

Die Artikel III bis X enthalten die Schlußklauseln des Protokolls, die den üblichen Vorschriften anderer internationaler Übereinkommen und Protokolle entsprechen.

Artikel IV Abs. 2 bestimmt, daß bei einer Änderung dieses Protokolls, die für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist, nur noch das Protokoll in der geänderten Fassung angenommen oder ratifiziert werden kann. Auf diese Weise soll eine Rechtszersplitterung vermieden werden.

Die Inkrafttretensvoraussetzungen nach Artikel V entsprechen denen des Haftungsübereinkommens (Artikel XV).

II. Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

Das Protokoll zum Fondsübereinkommen entspricht im Aufbau dem Protokoll zum Haftungsübereinkommen. Es enthält lediglich die sich aus der Verschiedenheit der beiden Übereinkommen ergebenden Abweichungen.

Auch das Protokoll zum Fondsübereinkommen steht nur Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens zur Ratifikation oder zum Beitritt offen (Präambel und Artikel IV).

Da das Fondsübereinkommen selbst keine Definition des „Franken" enthält, sondern insoweit auf das Haftungsübereinkommen verweist (Artikel 1 Nr. 4 des Fondsübereinkommens), verweist auch das Protokoll zum Fondsübereinkommen hinsichtlich der Definitionen der Begriffe „Rechnungseinheit" und „Werteinheit" auf das Haftungsübereinkommen in der durch das Protokoll vom November 1976 geänderten Fassung (Artikel II des Protokolls zum Fondsübereinkommen).

In Artikel III werden die in Artikel 4, 6, 11 und 12 des Fondsübereinkommens genannten Beträge im Verhältnis von 15 : 1 durch entsprechende Beträge in Rechnungseinheiten sowie im Verhältnis von 1 : 1 durch „Werteinheiten" ersetzt.

Eine Änderung dieser Beträge wurde von der Konferenz aus den gleichen Gründen wie bei dem Protokoll zum Haftungsübereinkommen nicht in Erwägung gezogen.

Nach seinem Artikel VI tritt das Protokoll unter den gleichen Voraussetzungen wie das Fondsübereinkommen in Kraft. Auch hier ist es also notwendig, daß der Generalsekretär der IMCO von den

Staaten, die das Protokoll ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, Meldungen über einen Ölerhalt von insgesamt mindestens 750 Millionen Tonnen beitragspflichtigen Öls erhalten hat.

III. Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)

Das Protokoll zum CMR-Übereinkommen wurde von einer vom Binnenverkehrsausschuß der ECE eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe ausgearbeitet und auf einer Sondertagung des Binnenverkehrsausschusses am 5. Juli 1978 gemeinsam mit Protokollen zum Übereinkommen von 1973 über den Beförderungsvertrag für Reisende und Gepäck im internationalen Straßenverkehr (CVR), zum Übereinkommen von 1973 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Binnenschiffen (CLN) und zum Übereinkommen von 1975 über den Beförderungsvertrag für Reisende und Gepäck in der internationalen Binnenschiffahrt (CVN) einstimmig verabschiedet.

Das Protokoll zur CMR folgt in seinem Aufbau den Londoner Protokollen. So wird auch hier in der Präambel darauf hingewiesen, daß das Protokoll nur den Vertragsstaaten der CMR offensteht (vgl. im übrigen Artikel 3). Artikel 2 enthält die bereits dargestellte neue Währungsklausel. Die 25 Goldfranken des Artikels 23 CMR sind durch 8,33 Rechnungseinheiten oder 25 „Werteinheiten" ersetzt worden.

Artikel 23 Abs. 7 CMR in der Fassung des Protokolls bestimmt, daß der maßgebliche Umrechnungszeitpunkt der von den Parteien vereinbarte Tag oder der Zeitpunkt einer gerichtlichen Entscheidung ist. Das CMR-Übereinkommen enthielt einen solchen Umrechnungszeitpunkt nicht; insoweit geht die mit dem Protokoll erzielte Änderung des Übereinkommens über die Ersetzung der Goldklausel durch eine andere Rechnungseinheit hinaus. In den Beratungen der Arbeitsgruppe war von der deutschen Delegation die Streichung der Worte, durch die der Umrechnungszeitpunkt festgesetzt wird, verlangt worden. Die anderen Staaten hielten jedoch eine Festsetzung des Umrechnungszeitpunkts für erforderlich. Sie wiesen darauf hin, daß der Wert des SZR veränderlich sei und es daher im Interesse der Parteien liege, wenn das Übereinkommen eine Aussage über den Umrechnungszeitpunkt treffe und damit auch in dieser Hinsicht eine Rechtsvereinheitlichung anstrebe.

Die Schlußklauseln entsprechen den üblichen Schlußklauseln internationaler Übereinkommen; sie sind an die Schlußklauseln des CMR-Übereinkommens angelehnt. Artikel 7 enthält daher entsprechend Artikel 46 CMR auch die Möglichkeit, daß Vertragsstaaten die Anwendung des Übereinkommens auf abhängige Territorien ausdehnen. Ein Antrag auf Streichung dieser Vorschrift, der auf der Sitzung des Binnenverkehrsausschusses von Ungarn gestellt wurde, erhielt nicht die erforderliche Unterstützung.

Bn 912027 2.79